

## Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Daniel Heidler zum Haushaltsplanentwurf 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

über meinem heimischen Schreibtisch hängt ein Zitat des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt. **Charakter zeigt sich in der Krise.**

War dies bisher für mich ein Zitat, das an die vielfältigen krisenhaften Erfahrungen der 1970er Jahre erinnerte, so ist es heute eine Mahnung in Zeiten multipler Problemlagen nicht zu vergessen, was die Werte sind, auf denen unsere demokratische Grundordnung aufgebaut ist.

Diese sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität für die Menschen, die in einem Gemeinwesen zusammenleben.

Und ein Gemeinwesen muss diese Werte mit Leben füllen. Individuelle Entfaltungsmöglichkeiten schaffen, Menschen gleichbehandeln, egal, was ihr Hintergrund ist und wo sie herkommen und Solidarität im Miteinander organisieren.

Und umso schwieriger die Zeiten werden, desto stärker wird sich die sozialdemokratische Fraktion in diesem Rat dafür einsetzen, dass der organisatorische Rahmen, den kommunale Politik für das Leben der genannten Werte geben kann, nicht kleiner wird.

**Wir behalten Charakter!**

Konkret bedeutet das für uns, dass Vereine, Gruppen und Initiativen Räume und Plätze brauchen, Ansprechpartner für ihre Ideen und Probleme. Dass Menschen sich in jeder Hinsicht sicher fühlen, Familien die Garantie auf Kinderbetreuung haben, die Umwelt geschützt wird und gute Jobs mit hohen sozialen Standards entstehen. Und das unsere Schulen so ausgestattet sind, dass sie einen Beitrag zur Chancengleichheit leisten. **Oder anders: Dass man in Kamen in Gemeinschaft gut und gerne leben kann.**

Nur, wenn das gewährleistet ist, hat ein Gemeinwesen die Grundlage, sich im Sinne unserer gemeinsamen Werte zu entwickeln.

Und der vorliegende Haushaltsentwurf enthält ausreichend Positionen, die das ermöglichen, ich denke das ist unbestritten.

Und erlauben Sie mir an dieser Stelle einen Hinweis. Den jungen Menschen gegenüber haben wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker **eine besondere Verantwortung!**

Dass es unter Wahrnehmung dieser besonderen Verantwortung nun endlich gelingt, das Gymnasium grundlegend zu sanieren und zu modernisieren, ist nicht hoch genug zu bewerten.

Ich danke der Bürgermeisterin ausdrücklich dafür, dass sie gemeinsam mit dem städtischen Gymnasium einen Plan erarbeitet hat, der die Anforderungen an modernes Lernen mit dem Druck knapper kommunaler Finanzen in Einklang gebracht hat.

Man möchte sich nicht vorstellen, was es für Lehrer und vor allem Schüler bedeutet hätte, wenn dies nicht gelungen wäre.

Der letzte Hinweis macht bereits deutlich: Es wird noch schwieriger für die Kommunen, das zu ermöglichen, was dringend geboten ist.

Warum ist das so? Haben die Kommunen grundlegend schlecht gewirtschaftet? Fehlt der Mut zum Sparen?

Nein. Es ist mit Nichten so. Wir haben keine überbordenden Standards. Wir machen das möglich, was ein Gemeinwesen, wie ich es eingangs geschildert habe, dringend braucht. **Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger.**

**Die Investitionen, die wir für 2024 etatisiert haben, sind ein Beleg dafür, dass wir diesen Weg weitergehen werden. Exemplarisch will ich hier nur die 12,5 Millionen im Hochbau nennen, die vor allem in den Bereich Schule und Sport gehen, oder die 400.000 Euro für eine zeitgemäße Ausstattung der Feuerwehren.**

Richtig ist genauso die Ausweitung des städtischen Ordnungsdienstes und dessen Verortung in der Kamener Innenstadt. **Menschen brauchen in jeder Hinsicht Sicherheit.**

Aber wie jedes Jahr steigen die Kosten für das, was uns andere staatliche Ebenen übertragen und wofür es keinerlei Ausgleich gibt.

Es gleicht dem Film und „täglich grüßt das Murmeltier“, nur jeweils mit tragischem Ausgang. Ende August stellt der Kreiskämmerer die ersten Eckwerte des Kreishaushalts vor. Und Politik in den Städten und Gemeinden weiß, es wird **wieder** schlechter.

Und wir haben keine andere Möglichkeit, wie ein Kaninchen vor der Schlange zu sitzen.

Insgesamt ging der Kämmerer im August davon aus, dass die Zahllast der Kommunen um 39,9 Millionen steigen wird. **Zusätzlich** zu dem, was die Gemeinden jetzt bereits aufbringen, insgesamt mittlerweile 308 Millionen Euro jährlich. Allesamt Kosten aus steigenden Soziallasten und Tarifsteigerungen.

Es ist deshalb auch ein Stückweit absurd, wenn nun in Kommentierungen der Eindruck erweckt wird, der Kreis Unna könnte

innerhalb eines Jahres diese riesige Summe bei sich selbst sparen.

### **Wie soll das funktionieren?**

Allein die Zahllast an den LWL erhöht sich im Jahr 2024 kreisweit um 11,9 Millionen Euro. Insgesamt auf 141 Millionen Euro. Der LWL hat unter anderem die Aufgabe, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen und psychischen Problemen voranzutreiben.

Die Aufwendungen für diese Aufgabe steigen jährlich. Landesweit betragen die Kosten mittlerweile **6,8 Milliarden Euro**.

Dabei ist nicht zu kritisieren, dass der inklusive Gedanke verfolgt wird, sondern ausschließlich, dass NRW das einzige Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland ist, indem sich das Land an **diesen** Kosten nicht beteiligt.

Und ein weiterer Punkt, in dem NRW ein Alleinstellungsmerkmal hat: **die konsequente Verweigerung einer Altschuldenlösung für die Kommunen**. Hessen und Rheinland-Pfalz haben die Last der Altschulden bereits lange von den Schultern der Kommunen genommen. **NRW weigert sich beharrlich**.

Das ist bemerkenswert. Denn, NRW hat eine Zusage des Bundeskanzlers, dass der Bund bei einer Altschuldenlösung unterstützt, wenn NRW eigene Bemühungen unternimmt.

Dabei hatte man den Ball des Kanzlers ja scheinbar aufgenommen. Per Pressemitteilung hatte die Landesregierung verlauten lassen, dass man den Kommunen bei den Altschulden helfen will.

**Verwundert hatte man sich ja schon die Augen gerieben**. Tatsächlich Hilfe? Nein, natürlich nicht. Die Landesregierung hatte einen Plan aufgelegt, bei dem die Kommunen ihre Altschulden selbst bezahlen. Durch einen Griff in das Gemeindefinanzierungsgesetz, von jährlich 760 Millionen Euro über die nächsten 35 Jahre.

Das heißt, man wollte nicht nur, dass die Kommunen in NRW ihre Altschulden, die man ihnen über Jahre aufgebürdet hat, selbst bezahlen, nein, man wollte ergänzend, den Handlungsspielraum der Kommunen um jährlich 760 Millionen weiter einschränken. **Auf die Idee muss man erst mal kommen.**

Ein weiterer Taschenspielertrick, zu Lasten der Kommunen. Damit kennt sich diese Landesregierung bekanntlich aus. **Sie bleibt sich treu!**

Der verordnete Bilanzierungstrick CUIG, der uns die letzten Jahre aufgetragen hat, zusätzliche Aufwendungen und Mindererträge, die sich aus der Coronakrise und dem Ukrainekrieg ergeben, als Erträge zu buchen – **Ich sage es nochmal explizit, die Schulden wurden als Erträge gebucht** funktionierte nach dem gleichen Muster.

Scheinbare Hilfen und in Wahrheit lässt man die Kommunen allein. Im Gegenteil, **man erschwert die Situation** in vollem Wissen, was die Konsequenzen sind.

Alle Kommunen in NRW haben durch das CUIG zusätzliche 8 Milliarden Schulden aufgebaut. Vor dem Coronajahr 2020 hatten die Kommunen in NRW einen Schuldenstand bei Kassenkrediten von 20 Milliarden Euro, nun sind es 28 Milliarden.

Ob die Zusage des Bundes zu helfen im Rahmen der derzeitigen Lage überhaupt noch Bestand haben kann, ist daher fraglich. **Chance bewusst verpasst.**

**Die Krone setzt dem ganzen Täuschungstheater unser Ministerpräsident Hendrik Wüst auf.**

Dass er sich nun vor die TV-Kameras stellt und den Wert der Schuldenbremse im Grundgesetz betont, ist schlicht ein Hohn.

**Herr Ministerpräsident: Diese Schulden sind Ihre Schulden.**

Frau Bürgermeisterin, Sie vertreten unsere Stadt als Vizepräsidentin des Städte-und Gemeindebundes in diesem Gremium. Ich bitte Sie, entscheiden Sie sich als Gemeinschaft der Städte und Gemeinden für eine Verfassungsklage gegen diese Landesregierung.

**Das Grundgesetz schreibt den Ländern eine Verpflichtung gegenüber den Kommunen zu. Diese Verpflichtung muss offensichtlich erstritten werden.**

Hat ein solches Bemühen keinen Erfolg, ist klar, was passieren wird. Die Kommunen haben nur eine Möglichkeit, aus der kompletten Handlungsunfähigkeit zu entkommen. Sie müssen die Grundsteuern erhöhen.

Bereits im Jahr 2022 lagen die Grundsteuern in NRW im bundesweiten Vergleich am höchsten. Ein weiterer Beweis für die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in NRW. Bereits für das Haushaltsjahr 2023 haben ein Viertel der Kommunen in NRW die Grundsteuern erhöht.

Und auch in Kamen wird an einer solchen Erhöhung kein Weg vorbeiführen. Wir schaffen es, den Haushalt 2024 fiktiv auszugleichen, da wir in den letzten Jahren eine so genannte Ausgleichsrücklage aufbauen konnten.

Faktisch ist dieses Geld aber nicht da. Der Haushaltsausgleich kostet uns Geld, das wir am Kapitalmarkt aufnehmen müssen.

Dies ist nicht zu verantworten, wenn man überlegt, welche Zinslast wir damit in den kommenden Haushalten parken.

Die nun oft in den Medien zitierten Haushaltsgrundsätze der **Jährlichkeit, Haushaltswahrheit** und **Haushaltsklarheit** werden damit auch von uns nicht eingehalten.

Und auch die Möglichkeit des fiktiven Haushaltsausgleichs wird in Kürze erschöpft sein.

Dann bleibt als Möglichkeit die Grundsteuererhöhung, die zu Lasten aller Menschen in der Stadt geht und deshalb eine **ungerechte** Steuer ist. Uns Sozialdemokraten fällt sie deshalb besonders schwer. Wir wissen, was sie für Menschen bedeuten kann.

Es wäre aber redlich gewesen, in die Diskussion darüber zu gehen, ob uns eine jetzige niedrigere Steuererhöhung möglicherweise eine Perspektive bis ins neue Jahrzehnt geben hätte. Die Ausgleichsrücklage hätte so auf einen längeren Zeitraum gestreckt werden können. Wir sind nun gespannt, wie sich die Fraktionen in diesem Haus aufstellen. **Finanzpolitische Verantwortung muss jede Fraktion tragen. Sie ist die Grundlage für politisches Handeln.**

Keine Fraktion wird dieser Debatte spätestens ab 2027 aus dem Weg gehen können, wenn die aufgebauten Kredite aus der Coronazeit im Haushalt abgeschrieben werden müssen. Was der Rat dann noch für Möglichkeiten hat, diese abzumildern wird die Zukunft zeigen. **Ich hoffe, dass es welche gibt.**

Bis dahin bleibt allen Fraktionen Zeit, für das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und die Aufrechterhaltung der kommunalen Demokratie in der eigenen Parteienfamilie zu werben.

Die SPD-Fraktion hat in den letzten Jahren viel dafür gearbeitet, dass auch durch eigene Sparanstrengungen Handlungsspielräume entstehen. Für jede Überlegung, wie man die Zukunftsfähigkeit der Stadt erhalten kann, sind wir offen. Aufgrund der jährlich exorbitant steigenden Kosten im Transferaufwand fehlt mir derzeit die Fantasie, wie das gelingen soll.

Für die SPD-Fraktion in diesem Hause ist aber klar:

**An der Struktur unseres Gemeinwesens werden wir nicht sparen.**

Wir gehen schwierigen Zeiten entgegen. Aber der vorliegende Haushalt erfüllt insgesamt das, was wir wollen. Investitionen in die Gemeinschaft und in die Zukunft. Deshalb ist ihm zuzustimmen.

Glückauf!

(es gilt das gesprochene Wort)

